

Zweifel an früherem Stasi-Check

LANDTAG FDP-Fraktionschef Hans-Peter Goetz fordert eine Offenlegung aller Unterlagen von 1991

Die Stasi-Debatte habe in den ersten 100 Tagen zwar andere Themen überlagert, sei aber wichtig, sagt der Fraktionschef der FDP im Landtag, Hans-Peter Goetz. Mit ihm sprach Volkmar Krause.

MAZ: Sie wollen, dass die Akten zur Stasi-Überprüfung der Landtagsabgeordneten von 1991 offengelegt werden sollen. Warum?

Hans-Peter Goetz: Ich habe auch erst aus der Presse erfahren, dass im Landtagskeller in einem Safe Akten liegen sollen. Nach meiner Rechtsauffassung gehören Unterlagen zu abgeschlossenen Überprüfungen in die entsprechenden Archive. So sieht es das Stasi-Unterlagengesetz vor. Zu diesen Akten im Keller hat offenbar jemand Zugang, wir wissen aber nicht wer. Wir brauchen also dringend ein geordnetes Verfahren und die Aufarbeitung der Vorgänge.



Fordert Offenlegung der Vorgänge um die Stasi-Überprüfung 1991 im Landtag: FDP-Fraktionschef Hans-Peter Goetz.

Welche Unterlagen über die damaligen Abgeordneten gab es und nach welchen Prinzipien wurde im Falle einer Stasi-Verwicklung durch die beiden kirchlichen Vertrauenspersonen entschieden? Allein schon der Umstand, dass seinerzeit zwölf sogenannte Grenzfälle genannt wurden, jetzt aber von 17 die Rede ist, wirft doch Fragen auf.

Fürchten Sie nicht rechtliche Probleme, wenn Unterlagen von Personen öffentlich werden, die längst nicht mehr dem Landtag angehöri?

Goetz: Deshalb will ich ja auch nicht, dass jeder selbst in den Keller geht und nachschaut. Die Akten müssen archiviert werden und für die wissenschaftliche Arbeit zur Verfügung stehen. Willkür herrscht jetzt, wo einer oder wenige Zugang zu dem Material haben.

Was versprechen Sie sich von den Akten?

Goetz: Dass endlich Transparenz hergestellt wird. Das ist auch das Ziel der Enquete-Kommission, die wir gemeinsam mit CDU und Grünen fördern. Wir wollen, dass

Schlussfolgerungen für die Zukunft gezogen werden, Lehrpläne verändert werden und die heutige Schütleregeneration mehr über die Wendezeit und Nachwendezit erfährt und zwar offen und ehrlich.

SPD und Linkspartei verteidigen die Überprüfung von 1991. Sie sei nach dem damaligen Akten- und Kenntnisstand erfolgt. Glauben Sie, dass gemanschtelt wurde und Stasi-Verstrickte wider besseren Wissens einen Persilschein erhielten?

Goetz: Die unterschiedlichen Zahlen zu den Grenzfällen lassen doch berechtigten Zweifel an Überprüfungsverfahren aufkommen. Die müssen ausgeräumt werden.

„Wir wollen, dass Schlussfolgerungen für die Zukunft gezogen werden“

Die aktuelle Stasi-Überprüfung läuft.

Erwarten Sie für die eigene Fraktion Belastendes aus der Birthler-Behörde?

Goetz: In einem Fall wird es vermutlich eine Operake geben. Dass es einen früheren Inoffiziellen Mitarbeiter gibt, schließe ich aus.

Vom Stasi-Problem abgesehen zeigt die Opposition noch nicht die richtige Schlagkraft.

Die CDU brennert offenbar noch immer ihren Machtwort, die Grünen stimmen gelegentlich auch mal mit Rot-Rot und der FDP fehlt bislang ebenfalls das richtige Sachthema zum Generalangriff. Was läuft falsch?

Goetz: Das Stasi-Thema ist sehr wichtig, geht es doch darum, durch Transparenz wieder Vertrauen in der Öffentlichkeit zu gewinnen. Sicher hat die Stasi-Debatte andere Themen überlagert. Aber die FDP hat bisher in jede Landtagsitzung Sachanträge eingebracht, so unter anderem zur Bildung, zur Absenkung der Fraktionsstärke in Kommunalvertretungen und zur wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen – für uns besonders wichtig, weil Klein- und Mittelbetriebe gestärkt werden müssen. Auch wenn wir überstimmt werden, nehmen Bürgergruppen und Wirtschaftsverbände unsere Aktivitäten durchaus wahr.

Rot-Rot ist in dieser Woche 100 Tage im Amt. Wie sehen Sie die Bilanz der Landesregierung aus SPD und Linken?

Goetz: Sie regiert ganz einfach nicht. Alles konzentriert sich auf die Stasi-Debatte, aber eine Landesregierung muss mehr als nur ein Thema bearbeiten können. Auch aus den

Mit sieben Abgeordneten im Landtag

■ Die FDP hat 2009 bei der Landtagswahl 7,2 Prozent der Stimmen geholt und ist nach 15 Jahren Abstinenz mit sieben Abgeordneten wieder in den Landtag eingezogen.

■ **Hans-Peter Goetz** wurde 1961 in Magdeburg geboren. Der Jurist, bis 1989 SED-Mitglied, ist Anwalt in Teltow und seit 2007 FDP-Generalsekretär. Der Vater zweier Kinder ist Chef der FDP-Fraktion im Landtag und in der Stadtverordnetenversammlung Teltow. Im Kreistag Potsdam-Mittelmark ist er Vize-Fraktionschef.

■ Bei der Stasi-Überprüfung 1991 wurden durch den Landtag der evangelische Generalinspektor Günter Bransch und der katholische Monsignore Karl-Heinz Dücke als Ehrenkommission eingesetzt. Sie verwiesen auf zwölf sogenannte Grenzfälle. Das waren Abgeordnete, wo es Stasi-Hilfswesen gab, der Mandatsverzicht aber nicht nahegelegt wurde.

■ **Kürzlich war bekannt geworden**, dass die Stasi-Untertanigenbehörde 17 Bescheide mit Hinweisen auf eine Stasi-Tätigkeit verschickt hatte. MAZ

Ministerien kommt nichts Konkretes: Innenminister Rainer Speer hat die Himmelslaternen verboten und eine Kommission berufen, die eine neue Polizeistruktur entwerfen soll. Das Gremium ist ein Placebo, denn bis auf den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei sind Speers die Kommissionsmitglieder unterstellt. Entsprechend wird das Ergebnis ausfallen.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung ist auch 100 Tage im Amt. Ihre eigene Partei ist als Klientelpartei in der Kritik, weil sie den auf sieben Prozent abgesenkten Mehrwertsteuersatz für Hotels durchgesetzt hat. Wollen Sie sich nicht dem FDP-Landeschef von Nordrhein-Westfalen, Andreas Pinkwart, anschließen, der hier eine Korrektur verlangt?

Goetz: Es ist offensichtlich, dass es Abstimmungsbedarf in der Koalition gibt. Da ist eine klare Linie erforderlich. Insofern halte ich nichts von Pinkwarts Kritik an einem Gesetz, das erst vor vier Wochen in Kraft gesetzt wurde. Im Übrigen finden sich bei SPD, Linken und Grünen in Wahlprogrammen und Landtagsentschlüssen Vorschläge zur Absenkung der jetzt viel geschmähten Hotel-Steuer.